

Mehr Demokratie wagen



Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments, diskutierte mit französischen Politikern



Deutsch-Französischer Dialog in der Europäischen Akademie in Otzenhausen

Das angebliche Monopol der Etablierten des politischen Systems sowie das Gefühl der Ohnmacht und der Exklusion von immer mehr Bürgern befeuern die Vertrauenskrise in Europa. Rechtspopulismus, Fake-News, Hassreden und Verschwörungstheorien tun ihr Übriges und sorgen für den Wahlerfolg extremistischer und systemablehnender Bewegungen in Europa. Die Antwort des politischen Establishments auf die zunehmende Entfremdung zwischen Politik und Bürgern klingt in den Ohren vieler Menschen allerdings seit Jahren gleich. Das Europa der Bürger oder der Regionen, Referenden, Konvente... die Liste ist lang, wie Bürger stärker in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen werden sollen.

Doch reicht das aus, um das vielfach beklagte Demokratiedefizit auszugleichen? Müssen verstärkt neue Partizipationsformen der Bürger her, um der Vertrauenskrise entgegenzuwirken? Geht das überhaupt in Anbetracht unterschiedlicher Kulturen und Sprachen in Europa? Sind die Verfahren und Themen nicht zu komplex und abstrakt?

Darüber diskutierten auf dem 20. Deutsch-Französischen Dialog in der Europäischen Akademie Otzenhausen u. a. Jo Leinen aus dem Europäischen Parlament, Dr. Christophe Arend aus der Französischen Nationalversammlung und Präsident der Freundschaftsgruppe



v.l.: Prof. Dr. Frank Baasner, Roland Theis

France-Allemagne, die Europa-Aktivistin Claire Staudenmayer und Sarah-Kristina Wist von der Uni Stuttgart.

Macron-Effekt in Deutschland kaum vorstellbar

Besonderes Augenmerk galt der Bewegung und heutigen Partei LREM La République en Marche des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Seine Bewegung hat es verstanden, in kürzester Zeit die Unzufriedenheit vieler Franzosen gegenüber den vollmundigen Versprechungen der etablierten Parteien in einen Wahlerfolg umzumünzen.

Viele Deutsche fragen sich, ob so etwas auch hierzulande möglich wäre. Das kann sich der Abgeordnete Arend allerdings kaum vorstellen. Die Parteien seien in Frank-

reich im Gegensatz zu Deutschland nicht so stark strukturiert. Sowohl im konservativen als auch im liberalen Lager gebe es unterschiedliche Bewegungen und Strömungen, die sich für das Erreichen eines Wahlziels zusammenschließen, wieder auflösen oder sich neue Namen geben. „Wenn Sie in Deutschland CDU oder SPD wählen, wissen Sie was „drin“ ist. Dort einigt man sich jeweils auf einen Spitzenkandidaten. Das System der Parteienlandschaft wirkt traditioneller. In Frankreich waren beispielsweise die Sozialisten mit verschiedenen Kandidaten unterschiedlicher Richtungen unterwegs. Das erweckt bei den Wählern den Anschein, dass es der Politik nur um Machterhalt geht.“

Mittlerweile hat Präsident Macron die consultations des citoyens, eine Art Bürgerkonsultationen, auf den Weg gebracht, ein neues Format, das Ohr am Bürger zu haben. Gerne würde Arend so etwas auch für die Großregion entwickeln. Zurzeit gebe es erste Gespräche in der Region Grand-Est und mit Politikern aus dem Saarland. „Wir brauchen neue Mittel und Wege einer konstruktiven Bürgerbeteiligung zu ganz bestimmten Themen, um Demokratie und Europa zu stärken“, zeigt sich Arend überzeugt. Außerdem soll der grenzüberschreitende Aspekt im überarbeiteten Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Frankreich Berücksichtigung finden, eine Art Elysées-Vertrag 2.0.

nea



v.l.: Dr. Christophe Arend, Claire Staudenmayer